Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Boden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.60. **Erscheint täglich** mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 147. | Dresden, Donnerstag den 28. Juni 1917. | 28. Jahrg.

Neue Friedenskundgebung des Arbeiter- und Soldatenrats. Pause in Stockholm. – Kriegszielerklärung Seidlers.

Der Friedenswille des Arbeiter- und Soldatenrats.

Nach Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur hat der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Rußlands sich mit überwiegender Mehrheit für eine von den revolutionären und minimalistischen (gemäßigten) Sozialisten vorgeschlagene Entschließung ausgesprochen, daß der Kampf für schnellste Beendigung des Krieges die wichtigste Aufgabe der revolutionären Demokratie darstelle und daß die Beendigung des Krieges durch die Niederlage einer der kriegführenden Parteien sowie der Abschluß eines Sonderfriedens zurückzuweisen seien. Die revolutionäre russische Demokratie müsse einen Aufruf an die Demokratien aller Mächte richten, den Wahlspruch „Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen" auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker anzunehmen und zur Einberufung eines internationalen Sozialistenkongresses zur Ausarbeitung endgültiger Friedensbedingungen beizutragen. Die Regierung habe alle in ihrer Macht stehenden Maßregeln möglichst bald zu ergreifen, um die Rußland alliierten Mächte für dieses Programm zu gewinnen und durch die Nachprüfung der Verträge mit den Alliierten und einen ausdrücklichen Verzicht auf jede usurpatorische Politik zu beschleunigen. Der Kongreß sprach sich schließlich für die Verstärkung der Kampfkraft des russischen Heeres aus.

*

Es ist hocherfreulich, daß der russische Arbeiter- und Soldatenrat trotz allen Entente-Treibereien an seiner Friedenspolitik mit Entschiedenheit festhält. Der Gegensatz dieser Politik zu der in London, Paris und Washington beabsichtigten Politik des vierten Kriegswinters ist überaus scharf und deutlich. Die Frage ist nun, ob die russische Vorläufige Regierung mit derselben Entschiedenheit wie der Arbeiter- und Soldatenrat das Friedenswerk fördern will. Und die weitere Frage, ob es Rußland gelingen wird, auf dem von ihm eingeschlagenen Weg auch die Westmächte zu drängen.

wtb. **Petersburg**, 27. Juni. Der Vollzugsausschuß des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates hat in Uebereinstimmung mit dem Bureau des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Rußlands beschlossen, **eine besondere, aus 6 Mitgliedern bestehende Abordnung nach Stockholm sowie nach Frankreich und England zu senden, um so bald wie möglich die Berufung einer internationalen Konferenz auf der Grundlage des vom Vollzugsausschuß angenommenen Programms vorzubereiten.**

*

Für Ordnung auf der Straße.

wtb. Petersburg, 27. Juni.

In der Sitzung des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte von ganz Rußland am 25. Juni wurde mit erdrückender Mehrheit eine Entschließung über die Ereignisse am 22. und 23. Juni angenommen, die folgende Entscheidungen enthält: 1. Parteigruppen, zu denen Arbeiter- und Soldatenräte gehören, haben nicht das Recht, Kundgebungen gegen den ausdrücklichen Willen dieser Arbeiter- und Soldatenräte ins Werk zu setzen. 2. Friedliche Kundgebungen ohne Waffen können von diesen Gruppen und Parteien mit Wissen der Arbeiter- und Soldatenräte veranstaltet werden. 3. Alle bewaffneten Kundgebungen einschließlich Kundgebungen unter Teilnahme von Bewaffneten können nur mit Zustimmung der Arbeiter- und Soldatenräte als einziger Organe, die den Willen der revolutionären Demokratie verkörpern, veranstaltet werden.

Nach der Annahme dieser Entschließung schlug der Einbringer vor, einen Ausschuß einzusetzen zur Untersuchung der Umstände, unter denen die erwähnte Kundgebung vorbereitet wurde, und über die Teilnahme reaktionärer Elemente an dieser Kundgebung.

*

Revolutionäre Kundgebung, aber Einigkeit und Zucht.

wtb. Petersburg, 27. Juni.

Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenvertreter ganz Rußlands hat in seiner Sitzung am 2[illegible] d. M. beschlossen, am 1. Juli an den Gräbern der Opfer der Revolution Kränze niederzulegen und aus diesem Anlaß eine große Kundgebung zu veranstalten, zu [illegible] alle revolutionären Parteiorganisationen, Gewerkschaften [illegible] Militärabteilungen, [illegible] Fabrik- und Werkstättenarbeiter [illegible] eingeladen werden sollen. Der Kongreß hat [illegible] unter Waffen [illegible], daß an demselben Tage entsprechende Kundgebungen in den wichtigsten Städten Rußlands wie Moskau, Kiew und [illegible] veranstaltet werden sollen, welche die Kraft, Einigkeit [illegible] Manneszucht der revolutionären russischen Demokratie zeigen [illegible].

*

Reformarbeit

Petersburg, [illegible] Juni. Die Regierung hat [illegible] [illegible] unterliegt. [illegible] [illegible]

laubnis des Finanzministers gestattet. Der Justizminister hat ein Gesetz gut geheißen, das die Frauen ermächtigt, vor Gericht die väterliche Gewalt auszuüben. Der Minister des Innern hat der Vorläufigen Regierung einen Gesetzesvorschlag über die Gewissensfreiheit zur Annahme vorgelegt. Glaubenswechsel findet durch mündliche Erklärung vor den betreffenden geistlichen oder religiösen Gemeinschaften statt. Der Glaube der Unmündigen bis zu neun Jahren wird von den Eltern bestimmt.

Erfolglose Beschießung von Ostende. — Gefechte bei St. Quentin.

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 28. Juli 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Schwere Fernfeuerbatterien beschossen gestern mit beobachteter Wirkung die englisch-französische Hafenfestung Dünkirchen. Mehrere Schiffe liefen eiligst aus. Als Erwiderung wurde vom Feinde Ostende unter Feuer genommen; militärischer Schaden entstand nicht.

In den englischen Gräben an der Küste verursachte eine Beschießung durch unsere Artillerie und Minenwerfer starke Zerstörungen.

Nach ruhigem Vormittag nahm gegen Abend die Feuertätigkeit in einigen Abschnitten der flandrischen und der Artois-Front ziemliche Heftigkeit an.

Südöstlich von Nieuport wurde von unseren Stoßtrupps ein belgischer Posten aufgehoben; bei Hooge schlug ein feindlicher Erkundungsvorstoß fehl.

Südlich der Straße Cambrai—Arras erlitten die Engländer bei Säuberung eines Grabens durch westfälische und rheinische Sturmtrupps erhebliche Verluste an Gefangenen und Toten. Im Vorfeld unserer Stellungen nördlich von St. Quentin entspannen sich mehrfach kleine Gefechte unserer Posten mit englischen Abteilungen.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz:

An einzelnen Stellen nördlich der Aisne, nördlich von Reims und in der West-Champagne kam es zu lebhaften Artilleriekämpfen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht:

Am Hartmannsweilerkopf machten Erkunder eines württembergischen Regiments durch Einbruch in die französischen Gräben eine Anzahl Gefangener.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

An der ostgalizischen Front dauert die rege Feuertätigkeit an.

Mazedonische Front: Keine besonderen Ereignisse.

Der erste Generalquartiermeister: **Ludendorff.**

Die Angelegenheit Hoffmann-Grimm im Schweizer Nationalrat.

Bern, 28. Juni. In der gestrigen Vormittagssitzung des Nationalrates stellte, wie ergänzend gemeldet wird, der französische Kommissionsberichterstatter Secretan fest, daß Hoffmann nicht als deutscher Agent bezeichnet werden könne. Doch sei es fraglich, ob er nicht auch die Möglichkeit eines Sonderfriedens ins Auge gefaßt habe. Hoffmann hätte wissen müssen, daß auf der Seite der Entente die Stimmung gegen den Frieden sei.

Der Senior der sozialdemokratischen Fraktion, Greulich, gab eine Darstellung der russischen Revolution und den Regierungsverhältnisse in Petersburg, die Grimms Telegramm begreiflich erscheinen ließen. Grimm habe aber den ungeheuren Fehler begangen, sich bei der vorläufigen Regierung mißliebig zu machen, weshalb seine Tätigkeit überwacht und seine Depesche ihm zum Verhängnis wurde. Auch in Stockholm habe er sich unnötig in die Parteizwistigkeiten eingemischt. Redner bestritt eindringlich, daß Grimm im Auftrage der deutschen Regierung gehandelt habe, deren erbitterter Feind er immer gewesen sei. Ebensowenig habe er an einen Sonderfrieden gedacht. Man sei heute in der Schweiz viel zu nervös. Man habe es gar nicht nötig, vor dem Auslande Angst zu haben. Denn die Großmächte hätten miteinander genug zu tun.

Fortdauernde Gärung.

Wie der Stockholmer Gewährsmann der Vossischen Zeitung meldet, hat sich nunmehr das gesamte Linienschiffsgeschwader der Gangut-Klasse, das aus den vier neuesten und größten Schiffen der russischen Ostseeflotte besteht, gegen die provisorische Regierung erklärt. Nachdem die Matrosen des Gangut und der Poltawa, wie schon neulich berichtet, eine dahingehende Resolution gefaßt hatten, beschlossen am vorigen Freitag auch die Mannschaften des Sebastopol und des Petropawlowsk, den Rücktritt der gesamten provisorischen Regierung zu fordern, die nicht mehr als Vertreterin eines freien russischen Volkes angesehen werden könne.

*

Stellungnahme französischer und englischer Sozialisten.

Der Schweizer Preßtelegraph meldet aus Paris: Die französische sozialistische Partei übermittelte dem Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat die Entschließung des sozialistischen Nationalrats vom 28. Mai. In einem Begleitschreiben wird auf den Beschluß der französischen Regierung, den französischen Delegierten die Pässe nach Stockholm nicht auszuhändigen, aufmerksam gemacht. Das Schreiben drückt den Wunsch aus, daß die Stockholmer Konferenz in jedem Falle erst nach einer Verständigung zwischen den russischen und französischen Sozialisten über die Tagesordnung stattfinden soll.

wtb. **London**, 27. Juni. (Reuter.) Daily Graphic berichtet, daß der **ausführende Ausschuß der englischen Sozialistenpartei** die Einladung des Petersburger Vertreterausschusses der Arbeiter und Soldaten, sich an der Konferenz in Stockholm zu beteiligen, **abgelehnt hat.** (Es handelt sich hier um die eine Richtung des englischen Sozialismus, die in der ganzen Kriegszeit sich chauvinistisch verhalten hat. D. Red.)

Die Pause in den Stockholmer Verhandlungen.

Der Stockholmer Korrespondent des Kopenhagener Social-Demokraten erfährt, daß die Vorbesprechungen der Stockholmer Friedenskonferenz als vorläufig abgeschlossen betrachtet werden. Auch die Verhandlungen mit der deutschen Minderheit seien beendet; die behandelnden Mitglieder [illegible] Stockholm verlassen. [illegible] des Parlaments [illegible] zurück und [illegible] [illegible] in Stockholm [illegible] Kopenhagen [illegible] und die weiteren Vor[illegible] der Stockholmer Tagung [illegible]

[illegible] Stockholm gebracht und [illegible] der Stockholmer Gewährsmann [illegible] als beendet angesehen.

Auch das deutsche Parteivorstandsmitglied Hermann Müller, das für die deutsche Delegation noch in Stockholm geblieben war, hat seinen Aufenthalt dort abgebrochen. Der Hauptgrund dafür, daß einstweilen in Stockholm nichts weiter geschehen kann, ist die vollkommene Unsicherheit über die Absichten und Beschlüsse der Russen. Die Kuriere des Arbeiter- und Soldatenrats in Stockholm sind seit mehr als acht Tagen ohne Verbindung mit Petersburg. Alle Versuche, Nachrichten von dort zu erhalten, sind fehlgeschlagen. Die einzig mögliche Erklärung dafür scheint zu sein, daß in Rußland neuerdings heftige innere Kämpfe ausgebrochen sein müssen, die die telegraphische Verbindung vollkommen unterbrochen haben.

Kriegsziel-Erklärungen.

Seidler. — Churchill.

wtb. **Wien**, 27. Juni.

Das österreichische Abgeordnetenhaus nahm die Vorlage, betreffend die Mandatsverlängerung bis zum 31. Dezember 1918 an. In der Verhandlung über die Anfrage der Abgeordneten Daszynski, Dr. Stojan und Hruban an die Regierung, betreffend Vorbereitung für eventuelle Friedenverhandlungen, wies der Ministerpräsident Dr. v. Seidler zunächst die während der gestrigen Debatte gefallenen Aeußerungen zurück, die vom Standpunkte der Hochhaltung des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche als tief verletzend empfunden werden müßten. (Zustimmung und Beifall.) Weiter erklärte der Ministerpräsident nach Rücksprache mit dem Minister des Aeußeren: Die Annahme Daszynskis, als ob die österreichisch-ungarische Regierung das Selbstbestimmungsrecht der Nationen als Grundlage für einen dauerhaften Frieden anerkannt hätte, ist irrtümlich. Die österreichisch-ungarische Regierung steht auf der Grundlage des Staatsgrundgesetzes, wonach es Seiner Majestät vorbehalten ist, Frieden zu schließen, und somit dem Monarchen die Wahrung der Interessen und Bedürfnisse der Völker Oesterreichs in jenen entscheidenden Augenblicken anvertraut erscheint. Unter dieser ausdrücklichen Verwahrung der Hoheitsrechte der Krone ist **die österreichisch-ungarische Regierung jederzeit bereit, im Einvernehmen mit ihren Bundesgenossen auf der Grundlage eines ehrenvollen Friedens mit den Feinden in Verhandlungen zu treten, lehnt jedoch entschieden jede andere Grundlage für Friedensverhandlungen ab.** Der Minister des Aeußern hat unsere Bereitwilligkeit zu einem ehrenvollen Friedensschlusse, der die Garantien einer freien und gesicherten Entwicklung der Monarchie enthält, offen zum Ausdruck gebracht. Hierüber kann auch bei unseren Feinden kein Zweifel herrschen. Solange unsere Feinde diesen Standpunkt der österreichisch-ungarischen Regierung und unserer Verbündeten nicht annehmen, werden wir weiter kämpfen im festen Vertrauen, daß die heldenmütigen Leistungen unserer Armee verbunden mit der aufopferungsvollen Tätigkeit des Hinterlandes den Tag bringen werden, an welchem den Völkern der Monarchie der Lohn ihres Ausharrens durch den

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19170628/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG